Stellungnahme des akademischen Mittelbaus des Instituts für Soziologie zu den geplanten Stellenstreichungen an der Universität Bremen

Angesichts der defizitären Haushaltslage der Universität Bremen sollen in den nächsten zwei Jahren 5 Millionen Euro eingespart werden. Dies soll vor allem über Kürzungen im Bereich Personal geschehen, und zwar sowohl bei den aus Haushaltmitteln finanzierten Stellen von wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (in Höhe von etwa 80 Vollzeitäquivalenten) als auch in der Verwaltung (30 Vollzeitäquivalente). Wir, die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts für Soziologie der Universität Bremen, weigern uns, diese Kürzungen wortlos hinzunehmen und verlangen, dass die fehlgeleitete Politik des Bremer Senats korrigiert wird.

Die geplanten Einsparungen hätten weitreichende Folgen für die gesamte Universität. Die Studienbedingungen würden sich verschlechtern und damit die Universität an Attraktivität verlieren. Auch die Bedingungen für den eigenen wissenschaftlichen Nachwuchs könnten sich verschlechtern, was ebenfalls die Außenwirkung beeinflusst. Schließlich würden sich auch die Bedingungen für erfolgreiche Drittmittelforschung und Drittmitteleinwerbungen erschweren.

Wir fordern daher nicht nur eine Rücknahme der geplanten Kürzungen, sondern eine höhere Grundfinanzierung der Universität Bremen, damit diese in Zukunft ihren Aufgaben und ihrer Verantwortung gegenüber den Studierenden und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nachkommen kann und insbesondere nicht an Attraktivität für Studierende und exzellente Forscherinnen und Forscher verliert. Wir folgen mit dieser Stellungnahme dem Aufruf von Rektor Scholz-Reiter anlässlich seiner Wahl 2011, „aggressiver Öffentlichkeit und Aufklärung über die Auswirkungen weiterer Kürzungen zu schaffen."[1]

Chronische Unterfinanzierung

Die Grundfinanzierung durch das Land Bremen ist seit 2005 bei gestiegenen Kosten nahezu unverändert geblieben (s. Tabelle 1 auf der nächsten Seite), während die Ausgaben stark angestiegen sind. So sind zwar die Zuschüsse durch das Land Bremen zwischen 2005 und 2011 um rund 7 Millionen Euro von 131,5 auf 138,3 Millionen angestiegen, im gleichen Zeitraum sind jedoch die Personalausgaben um fast 40 Millionen Euro sowie die Bewirtschaftungsausgaben um mehr als die Hälfte von 10 auf fast 17 Millionen Euro angestiegen. Insgesamt hat die Universität Bremen 2011 somit mehr als 17 Millionen Euro operativen Verlust erwirtschaftet. Legt man die jährlichen Inflationsraten zu Grunde,[2] hätte sich im Zeitraum von 2005 bis 2011 der Zuschuss auf 147,8 Millionen erhöhen müssen, um den Betrag real konstant zu halten. D.h. dass die Zuschüsse allein 2011 real um knapp 10 Millionen gekürzt worden sind. Für den gesamten Zeitraum kommt man auf einen entsprechend höheren Betrag. Die steuerabhängigen Einnahmen des Landes Bremen sind im

[1] Erhältlich auf Anfrage bei der Verwaltung des Akademischen Senats der Universität Bremen.
[2] 2005: 1,5%; 2006: 1,6%; 2007: 2,3%; 2008: 2,6%; 2009: 0,4%; 2010: 1,1%; 2011: 2,3% (Quelle: Statistisches Bundesamt)

selben Zeitraum um 673 Millionen Euro gestiegen.[3] Der erwirtschaftete Verlust ist anders als bei einem Privatunternehmen nicht hausgemacht. Die Einwerbung von Drittmitteln, der Bereich, in dem die Universität Bremen glänzt, wird von dem Land Bremen und dem Bremer Senat nicht über den Grundhaushalt gegenfinanziert. Auf die negativen Folgen dieser Politik verwies bereits Bernd Scholz-Reiter kritisch in seinem Thesenpapier vor seiner Wahl zum Rektor der Universität Bremen: „Dieses im Bundesvergleich stark zur Seite der Drittmittel verschobene Verhältnis bringt aber auch Schwierigkeiten mit sich: die Zahl der befristeten Beschäftigungsverhältnisse steigt (aufgrund des Projektcharakters der Drittmittelzuweisung), der Bedarf an Kofinanzierung der Drittmittelprojekte aus der Grundausstattung der Universität steigt (und führt automatisch zu einer gewissen Verschiebung von Grundmitteln in diese Bereiche), viel Arbeitsleistung muss für das Anfertigen von Drittmittelanträgen aufgebracht werden. Es muss daher darauf hingewirkt werden, dass sich diese Situation nicht weiter verschärft.“ So entsteht auf Basis einer Überlebensstrategie (nämlich die Einwerbung von Drittmitteln) eine chronische Unterfinanzierung, die nun vom Bremer Senat noch verstärkt wird, indem dieser erneute Einsparungen von der Universitätsleitung erzwingt. Die Universitätsleitung selber hat aus unserer Sicht zu unentschlossen reagiert und diese Kürzungen hingenommen.

Tabelle 1: Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben der Universität Bremen (in tausend €).

	2005	**2006**	**2007**	**2008**	**2009**	**2010**	**2011**
Gesamteinnahmen, davon:	237.176	250.253	251.651	248.444	270.069	278.496	282.506
Zuschüsse*	131.490	133.055	132.957	131.183	135.031	136.276	138.303
Drittmittel	67.326	67.179	77.356	75.721	85.984	91.443	90.982
Sonstiges	38.360	50.019	41.338	41.540	49.054	50.777	53.221
Gesamtausgaben, davon:	225.79	235.006	244.768	259.422	270.044	286.626	300.126
Personalausgaben	157.890	157.329	160.644	168.740	177.259	185.477	195.957
konsumtive Ausgaben	51.179	59.406	59.910	68.029	70.162	75.959	77.325
dav. Bewirtschaftungs A.	10.447	12.023	12.156	14.637	15.171	14.798	16.875
investive Ausgaben	16.730	18.271	24.214	22.653	22.623	25.191	26.844
Differenz [E-A]	11.377	15.247	6.883	-10.978	.025	-8.130	-17.620

Quelle: Rechenschaftsbericht des Rektors 2011: S. 37/38, Stand 2011. *des Landes Bremen

Im Laufe der Monate März/April 2013 wird das Einsparpotential durch die Universitätsleitung überprüft. Hierzu sollen die Dekanate der Fachbereiche bzw. die Leitungen der anderen wissenschaftlichen Einrichtungen Zahlen über die Anzahl der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und deren Beschäftigungsgrundlage (Befristung, Vertragsende, Position) an den Kanzler liefern. Im Frühsommer 2013 soll dann in Verhandlungen zwischen Kanzler und Dekanaten das Einsparpotential festgelegt werden. Eine entsprechende Haushaltsneuregelung wird später im akademischen Senat diskutiert und vom Rektor angenommen werden. Im Augenblick besteht an der Universität Bremen eine

[3] Quelle: Rechnungshof Bremen, Jahresbericht 2012-Land, S. 27

Sperre für die Neubesetzung von Stellen, so dass wissenschaftliche Mitarbeiterstellen erst nach einer Dauer von neun Monaten wiederbesetzt werden. Ausgenommen sind nach bisherigem Stand Weiterbeschäftigungsverträge von wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die bereits an der Universität Bremen tätig sind.

Die daraus resultierende personelle Unterversorgung ist nicht hinnehmbar und geht zum einen zu Lasten der Studierenden und ihrer Studienbedingungen, zum anderen zu Lasten der verbleibenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie der Professorinnen und Professoren, da das Arbeitspensum an Lehre, Prüfungsleistungen und Forschung weiterhin bestehen bleibt beziehungsweise steigen wird. Das gilt auch für Stellen innerhalb der Verwaltung. Angesichts der bereits ausgeschöpften Sparpotentiale hätten die geplanten Kürzungen an Sachmitteln und im Personalbereich schwerwiegende Folgen für die Leistungsfähigkeit der Universität als Ganzes, und das heißt sowohl hinsichtlich des Lehrangebots als auch im Hinblick auf den Output an Forschungsleistungen. Das bisher praktizierte „immer-so-weiter“ wird es ohne eine verbesserte Ausstattung mit Ressourcen zukünftig nicht mehr geben können.

Gefährdung der Attraktivität von Bremen als Studienort und Forschungsstandort

Der Rektor hat immer wieder betont[4], wie wichtig es für das Land Bremen ist, dass die Universität als Voll-Universität erhalten bleibt. Wir sind daher sehr verwundert, dass es von Seiten der Hochschulleitung offensichtlich keinerlei erkennbaren Widerstand gegen die vom Bremer Senat geforderten Mittelkürzungen gibt. Gerade vor dem Hintergrund des Erfolgs in der Exzellenz-Initiative ist eine solche Haltung für uns nicht nachvollziehbar. Denn zu fragen ist, was es für die Außenwirkung der Universität Bremen – gegenüber Studiumsinteressierten und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, aber auch gegenüber dem Bund als Geldgeber – bedeutet, wenn einer Universität, die seit kurzem zu Recht das Etikett „Exzellenz-Universität“ trägt, durch Kürzungen in der grundständigen Finanzierung die von der Exzellenz-Initiative vorausgesetzte Basis der Leistungsfähigkeit entzogen wird.

Wenn man den Mittelbau kürzt, kürzt man auch den Anreiz für Studierende, nach Bremen zu kommen. Das Soziologie-Studium in Bremen genießt bundesweit noch einen guten Ruf. Die Attraktivität des Studienortes für Soziologie wird durch die geplanten Mittelkürzungen bedroht, weil sich die Betreuungsrelation verschlechtern muss. Durch die geplanten Mitteleinsparungen verliert die Universität Bremen erheblich an Attraktivität, was zu größeren Einnahmeausfällen für das Bundesland Bremen führen wird: Denn Bremen erhält pro gemeldeten Studierenden 3.500 Euro aus dem Länderfinanzausgleich. In der Soziologie haben im vergangenen Wintersemester (2012/2013) 187 Studierende im Bachelor-Studiengang angefangen. Im Masterstudiengang waren es 32 Personen (Stand 05.12.2012). Allein die Soziologie „erwirtschaftete“ dem Land Bremen so deutlich mehr als 750.000 Euro. Diese Studierenden werden im Wesentlichen vom Mittelbau ausgebildet.

[4] http://www.uni-bremen.de/universitaet/presseinfos/pressemitteilungen/einzelanzeige/article/professor-bernd-scholz-reiter-wird-neuer-rektor-der-universitaet-bremen.html?cHash=774f22de7e63f49855642320e192382e

Situation in der Lehre

Spezifisch für die Soziologie stellt sich die Frage, ob mit geringerer Personalstärke der angestrebte hohe Ausbildungsstandard sowohl für den Bachelor als auch den Master erhalten werden kann. Der Master Soziologie und Sozialforschung ist ein explizit forschungsorientierter Studiengang. Dieser ist naturgemäß deutlich betreuungsintensiver als ein Bachelor-Studiengang. Die Zahl der Studierenden hat im Studiengang B.A. Soziologie sowie M.A. Soziologie und Sozialforschung über die Jahre hinweg kontinuierlich zugenommen, von 264 Studierenden im Jahr 2006/07 auf zur Zeit 637 im Wintersemester 2012/13 (siehe Tabelle 2).[5] Da in Zukunft nicht mit einem Rückgang der Studierendenzahlen zu rechnen ist, wird das aktuelle Lehrangebot sogar noch ausgebaut werden müssen, um den Standard zu halten. Die Lehrveranstaltungen werden zu einem großen Teil von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Mittelbaus durchgeführt. Im Wintersemester 2012/2013 wurden im Bachelor-Studiengang Soziologie insgesamt 134 Stunden Lehre angeboten. Davon entfielen knapp 16% auf die Statusgruppe der Hochschullehrerinnen und -lehrer und fast 61% auf den wissenschaftlichen Mittelbau am Institut für Soziologie (Lektorinnen und Lektoren sowie wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf Haushaltsstellen). Die übrigen rund 24% der Stunden wurden durch wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf Drittmittelstellen, Fellows der BIGSSS und sonstige Personen (z. B. Lehrbeauftragte) erteilt.[6] Mehr und mehr ist auch erkennbar, dass Vorlesungen, die originär von Hochschullehrerinnen und –lehrern gehalten werden, von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des akademischen Mittelbaus gehalten werden.

Tabelle 2: Entwicklung der Studierendenzahlen im Bachelor Soziologie sowie im Master Soziologie und Sozialforschung

	WS 04/05	**WS 05/06**	**WS 06/07**	**WS 07/08**	**WS 08/09**	**WS 09/10**	**WS 10/11**	**WS 11/12**	**WS 12/13**
Bachelor	331	313	247	281	361	432	522	547	569
Master		4	17	33	40	35	23	71	68

Quelle: Rechenschaftsbericht des Rektors 2011: S. 150/151, Stand 2011. Zahlen 2012/13: http://www.finanzcontrolling.uni-bremen.de/download/#StudStat.

Die Folgen einer Reduzierung des wissenschaftlichen Mittelbaus können an der aktuellen Situation der sozialwissenschaftlichen Methodenausbildung in Statistik verdeutlicht werden. Bereits jetzt stehen mit zwei Lektoraten Kapazitäten für nur etwa 360 B.A. Studierende zur Verfügung. Dies erscheint sehr viel. Bei mehr als 530 Anmeldungen zu dem B.A. Soziologie Pflichtkurs Statistik I in diesem Semester kann die Lehrbelastung jedoch trotz zweier Lektorate nur gehandhabt werden, indem teilweise (freiwillig) Lehrverpflichtungen aus dem Wintersemester in das Sommersemester übertragen und dadurch zusätzliche Übungen angeboten werden. Selbst bei dieser Lösung werden jedoch die technischen Kapazitäten bestehender Computerräume in jeder Übung massiv überschritten. Fällt nun eine dieser

[5] Diese Zahlen beziehen sich auf die in dem jeweiligen Semester Studierenden.

[6] Quelle: eigene Erhebung anhand des Vorlesungsverzeichnisses. Da die geplanten Mittelkürzungen (Stand 30.01.2013) auch den Institutshaushalt betreffen, aus dem Lehraufträge bezahlt werden, ist mittelfristig mit einem Verringerung des Lehrangebots zu rechnen, da kaum noch Gelder für diese zu Verfügung stehen dürften.

Lektoratsstellen den Kürzungen zum Opfer, dann werden die Statistikmodule nicht zum Aushängesschild, sondern zum Flaschenhals sozialwissenschaftlicher Ausbildung an der Universität Bremen. Folgen wären z.B. die in der Vergangenheit bereits praktizierte Halbierung der Übungen und Tutorien, d.h. dass Studierende nur an jedem zweiten Termin teilnehmen können. Andere mögliche Folgen wären eine Übungssperre für alle Studierende, die die Prüfungen beim ersten Mal nicht bestanden haben oder der Ausschluss all jener Interessierter, für die die Statistikausbildung nicht verpflichtend ist.

Auch die Belastungen des wissenschaftlichen Mittelbaus durch Prüfungen und Abschlussarbeiten haben zugenommen. Verstärkt werden auch wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Betreuung und Beurteilung der Abschlussarbeiten herangezogen. Nach unserer Wahrnehmung ist es so, dass im Studiengang Soziologie die Prüfungsleistungen im B.A. zum allergrößten Teil von wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern abgenommen werden. Des Weiteren wird ein Teil der Lehre und Betreuung von Personen auf Drittmittelstellen (freiwillig) erbracht.

Die zunehmende Lehrbelastung mit dem Pflichtcurriculum kann zudem dazu führen, dass Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler keine Veranstaltungen im Bereich ihres Promotions- bzw. Habilitationsthemas oder ihrer aktuellen Arbeit anbieten können. Diese Lehrmöglichkeit ist aber besonders attraktiv für wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf Qualifizierungsstellen, da sie die Möglichkeit der Diskussion der eigenen Forschung mit Studierenden bietet. Zudem gewinnen Letztere gerade über diese Seminare einen Einblick in hochaktuelle Forschungsthemen und ihrerseits eine Möglichkeit, an der Forschungsrealität teilzunehmen. Einheit von Forschung und Lehre heißt, Lernende geeignet an Forschungsprozessen teilhaben zu lassen.

All diese Punkte verdeutlichen, dass sich das Arbeitspensum des wissenschaftlichen Mittelbaus erhöht hat und längst nicht mehr in vollem Maße durch grundfinanzierte Stellen gewährleistet werden kann. Wenn nun Stellen gekürzt oder freiwerdende Stellen mit einer Sperre belegt werden, ist die logische Konsequenz daraus, dass (noch) weniger Kapazitäten für die Lehre zur Verfügung stehen. Der Umfang an Betreuung für Studierende wird an dieser Universität abnehmen, Seminare werden gerade für Pflichtveranstaltungen noch stärker überfüllt sein, die Vielfalt der angebotenen Themen wird abnehmen, Sprechzeiten werden reduziert werden müssen. Dies hätte zur Folge, dass die Qualität der Lehre deutlich nachließe, was Studierende dazu bewegen wird, stärker andere Universitäten zu frequentieren.

Situation der Nachwuchsförderung

Die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses ist ein erklärtes Ziel der Universität und des Landes Bremen. Nach §23 Abs. 4 des Bremischen Hochschulgesetzes soll befristet beschäftigten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern bis zu einem Drittel ihrer vertraglich vereinbarten Arbeitszeit für „selbstbestimmte Forschung“ und Arbeit an einer Qualifikationsschriftzugestanden werden.[7] Tatsächlich arbeiten viele wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter neben der Lehre und der Forschung an Lehrstühlen an ihrer

[7] http://bremen.beck.de/default.aspx?vpath=bibdata%2Fges%2FBremHG%2Fcont%2FBremHG.P23.htm

Promotion oder Habilitation. Schon jetzt ist es für viele von ihnen schwierig bis unmöglich, innerhalb von drei Jahren die Promotion zu erreichen. Wenn die Arbeitsbelastung durch Stellenkürzungen und Verlagerung von Aufgaben z. B. aus der Lehre noch zunimmt, wird es immer schwieriger, die Promotion in einem überschaubaren Zeitraum abzuschließen. Die Durchführung einer Promotion an der Universität Bremen könnte durch die geplanten Kürzungen also deutlich erschwert werden, was auch zu einer Abnahme der Zahl der Promotionen führen würde. Dies wird sich eindeutig negativ auf die Universität Bremen auswirken. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des wissenschaftlichen Mittelbaus werden wohl nicht mit gutem Gewissen für eine Promotion an der Universität Bremen werben, wenn der Vertrag hohe Lehrverpflichtungen vorsieht. Wenn daraus folgt, dass verstärkt auf Drittmittel finanzierten Stellen promoviert wird, wächst die Kluft zwischen Forschung und Lehre weiter an. Mehr und mehr werden Lehrkräfte für besondere Aufgaben die Lehre sichern müssen, wobei klar ist, dass derartige Stellen mit weit über dem professoralen Lehrdeputat liegenden Lehrbelastungen keinerlei Chancen zur Weiterqualifikation zulassen.

Die möglichen Folgen für die Nachwuchsförderung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern an der Universität Bremen sind jedoch weitreichender als nur Standortpolitik. Die geplanten Kürzungen untergraben die in den letzten Jahren zunehmenden Bestrebungen der aktiven Nachwuchsförderung an der Universität Bremen (ProUB, Weiterqualifizierungsmaßnahmen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter). Die durch die Kürzungen absehbare Intensivierung der Arbeit kann nicht nur zu gesundheitlichen und sozialen Risiken für die verbleibenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter führen, sondern verhindert auch die Weiterqualifizierung innerhalb der Universität. Darüber hinaus wirkt die fehlende Nachwuchsförderung bzw. die Erschwerung der Teilnahme an Fortbildungsmaßnahmen durch die Mehrbelastung mittelfristig zu Minderung der Lehrqualität. Die zu begrüßenden Fortbildungsmöglichkeiten für wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und deren kontinuierlicher Ausbau an der Universität Bremen können nicht darüber hinwegtäuschen, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Grundhaushalt häufig nicht über die hierfür nötige Zeit verfügen. Das Angebot alleine ermöglicht deshalb noch nicht das mit dem Angebot angestrebte Ziel kontinuierlicher Weiterbildung.

Situation in der Forschung

Die Universität Bremen war bei der Exzellenzinitiative der Bundesregierung sehr erfolgreich. Hinsichtlich der Einwerbung von Drittmitteln erzielen die Bremer Professorinnen und Professoren und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bundesvergleich sehr gute Ergebnisse. Allein seit dem Jahr 2005 sind die Einnahmen aus Drittmitteln von 67,3 Millionen auf 91 Millionen Euro im Jahr 2011 gestiegen (Rechenschaftsbericht des Rektors 2011). Der Drittmittelanteil an den Gesamteinnahmen hat sich damit von 28% auf 32% erhöht (ebd.) und liegt weit über dem Durchschnitt der Hochschulen in anderen Bundesländern (Statistisches Bundesamt 2012). Zudem hat die Universität mit der erfolgreichen, langfristigen Etablierung einer Graduiertenschule (BIGSSS) eine wichtige Voraussetzung für das Exzellenzverfahren erfüllt. Diese Entwicklung ist grundsätzlich positiv zu werten, nicht

zuletzt weil sie auch (befristete) Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schafft und Möglichkeiten zur Weiterqualifikation eröffnet.

Gleichwohl birgt diese Entwicklung Probleme, die sich auch und gerade mit Blick auf das Zukunftskonzept der Exzellenzinitiative offenbaren. So war es gemäß dem „Bericht der Gemeinsamen Kommission zur Exzellenzinitiative an die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz“ (2008, S. 21) ein wichtiges Kriterium für die zweite Förderphase, „eine kohärente Gesamtstrategie zur Förderung von Spitzenforschung zu entwerfen“. Hauptmerkmal sei der langfristige und durchaus kritische Blick auf Forschung und Nachwuchsförderung der Universität im Ganzen, d.h. auch jenseits von Drittmittelprojekten und Graduiertenschulen. Die geplanten Mittelkürzungen bzw. Stellenstreichungen im Verbund mit der Mehrbelastung von Hochschullehrerinnen und -lehrern und wissenschaftlichem Nachwuchs sind mit einer solchen Strategie nicht vereinbar. So wird das Lehrdeputat der Hochschullehrenden in größeren drittmittelfinanzierten Projekten bzw. Einrichtungen (z.B. BIGSSS, Sonderforschungsbereiche) häufig reduziert, z. B. wenn sie dort Sprecherpositionen einnehmen. Dadurch steigt jedoch bei gleichbleibenden bzw. steigenden Studierendenzahlen wiederum die Belastung wissenschaftlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dies betrifft zunächst direkt die Lehre. Hier besteht die Gefahr, dass die gerade in der Vereinbarung über die Fortsetzung der Exzellenzinitiative (Exzellenzvereinbarung II, 2009, S. 7) hervorgehobenen „innovativen Konzepte zur forschungsorientierten Lehre“ nicht angemessen entwickelt werden. Dies gilt angesichts der zu befürchtenden Mittelkürzungen im Grundhaushalt umso mehr, da diese Konzepte zwar „als Kriterium in die Bewertung einbezogen, aber nicht aus Mitteln der Exzellenzinitiative gesondert gefördert werden können“ (ebd.). Die Mehrbelastung der verbliebenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch die Lehre wiederum führt nicht nur zu längeren Promotionszeiten des eigenen wissenschaftlichen Nachwuchses, sondern kostet auch wiederum Zeit für die weitere Einwerbung von Drittmitteln.

Der geplante Stellenabbau würde daher nicht nur die Situation in der Lehre, sondern auch die Bedingungen für die zukünftige Rekrutierung von Drittmitteln sowie das erfolgreiche Abschließen von Drittmittelprojekten, die oftmals die Vorlage für Fortsetzungsanträge bilden, deutlich erschweren. Nicht zuletzt wird ein Abbau grundfinanzierter Mittelbaustellen in der Größenordnung von etwa 80 Vollzeitstellen auch die Situation der Professorinnen und Professoren nachhaltig verändern. So ist es aus unserer Sicht mehr als fraglich, ob die bis dato gut begründete Praxis, Professoren und Professorinnen aufgrund der Übernahme zusätzlicher Verpflichtungen in der Forschung oder Selbstverwaltung partiell von ihrem Lehrdeputat freizustellen, aufrechtzuerhalten sein wird. Zu befürchten ist, dass nicht nur der verbleibende Mittelbau, sondern auch Professorinnen und Professoren einer Mehrbelastung ausgesetzt sein werden – mit der Folge, dass auch dort Kapazitäten für die Forschung verloren gehen. In der Folge wird die (Spitzen-)Position der Universität Bremen als exzellentem Forschungsstandort gefährdet. Nicht zuletzt sind faktische Verstöße gegen §74, Abs. 2 des BremHG zu befürchten, demgemäß Hochschulmitglieder, die Forschung aus Drittmitteln betreiben, „die Erfüllung anderer Aufgaben der Hochschule sowie die Rechte und Pflichten anderer Personen“ nicht beeinträchtigen dürfen und „entstehende Folgelasten“ angemessen zu berücksichtigen haben. Tatsächlich stellt sich auch die Frage, ob die Universitätsleitung mit

der vorgeschlagenen Sparpolitik letztendlich die Mittelgeber (im Fall der Exzellenzinitiative die DFG) verschreckt. Eine Kürzung direkt nach Erhalt der Förderung wirkt zwangsläufig wie ein Bruch der zuvor in der Bewerbung eingegangenen Verpflichtungen. Dass die finanzielle Schieflage bereits seit längerem bekannt war, verstärkt den Eindruck, dass die Universitätsleitung hier nicht mit offenen Karten gespielt hat. Wenn sich dieser Eindruck bei der DFG oder anderen Förderungsgesellschaften festsetzt, sind zukünftige Drittmittelanträge oder größere Forschungskooperationen vielleicht weniger erfolgreich.

Diese Darstellung ist eine lokale Momentaufnahme der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Institut für Soziologie bzw. in den soziologischen Forschungseinrichtungen an der Universität Bremen. Die Bremer Soziologie befindet sich insofern in einer speziellen Situation, als dass hier mit dem SFB „Staatlichkeit im Wandel“ relative viele wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über Drittmittelprojekte eingestellt sind. Die Arbeitssituation der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an anderen Fachbereichen und Instituten wird jedoch, soweit wir das wissen, nicht als wesentlich besser wahrgenommen. Mehr noch, die angestrengten Einsparungen betreffen über die folgende Intensivierung der Arbeit alle Kolleginnen und Kollegen, ob in Drittmittelprojekten oder über den Grundhaushalt finanziert. Wir sind uns der prekären finanziellen Lage des Landes Bremen bewusst. Gleichermaßen sind wir uns jedoch auch bewusst, dass die politische Verantwortung ausschließlich bei dem Bremer Senat liegt. Führt dieser die chronische Unterfinanzierung der Universität Bremen fort, dann hat er auch die Folgen für Forschung und vor allem Lehre zu tragen.